



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 88 6 890

P/XV/17 - 21. Januar 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 3	Das Problem der politischen Bildung Beitrag zur Klärung einer aktueller Frage Von Professor Dr. Ernst Schütte, Hessischer Minister für Erziehung und Volksbildung	113
4 - 5	Eine Chance für den Fortschritt Die europäische Sozialcharta Von Ulrich Blienk, a.St. Straßburg	63
6	Krise der studentischen Selbstverwaltung ? Das Beispiel von Bonn	43
7	"Staatsabträglich" ? "Pappa Krone" und die Ärzte	50

* * * * *
* * *

Zur Beachtung!

In der morgigen Ausgabe veröffentlichen wir einen Artikel von
Dr. Ludwig Ratzel, MdB, über:

Atomenergie - kein Tummelplatz für Spekulationen
UZ: Unternehmerinitiative sind Grenzen gesetzt - Bonn stellt
Zuratom infrage

Das Problem der politischen Bildung
Beitrag zur Klärung einer aktuellen Frage

Von Professor Dr. Ernst Schütte,
Hessischer Minister für Erziehung und Volksbildung

Die politische Bildung unserer Jugend steht seit Jahresfrist im Feuer der öffentlichen Kritik. Zuvor war das Unbehagen darüber nur gering, daß der Jugend seit 1945 offensichtlich die Analyse der Gegenwart und ihres Ursprungs, der Nazi-Diktatur, weiterhin erspart blieb. Man hatte jahrelang Grund zu fürchten, der bequeme Rat werde durchdringen, den Schlußstrich unter das grausigste Kapitel deutscher Geschichte zu ziehen, nicht rückwärts zu blicken, sondern, wie die unwahrscheinliche Phrase lautete, Gegenwart und Zukunft ernst zu nehmen.

Als ob es eine deutsche Zukunft geben könnte ohne die Rechenschaft vor dem Erbe des Nazismus!

Es scheint, daß die Prozesse gegen die KZ-Mörder und gegen einige Hitler-Generale unserem Volk den Schrecken wieder hochgetrieben haben. Zugleich schlug der Schock in die Glieder, der die weithin groteske Unkenntnis der Jugend über die jüngste Vergangenheit verursachte. Und seit dem schlimmen Zeichen eines rumorenden Neonazismus wird geradezu gefragt, ob nicht die Schule, obenan die Kultusminister, den geringen Stand der politischen Bildung unserer Jugend zu verantworten hätten.

Die Aufgabe des Lehrers

Es hat keinen Sinn, eine neue Schuldfrage zu formulieren. Die Hakenkreuzschmierer haben durchweg die Schule seit vielen Jahren hinter sich; das Gift wurde ihnen in der Welt der Erwachsenen, in politischen Gruppen von ressentimentgeladenen Freunden und Eltern gereicht. Aber vielleicht hätte dieses Gift nicht so gewirkt, wenn politische Kenntnisse Kopf und Herz der verwirrten jungen Menschen auch nur ein wenig widerstandsfähiger gemacht hätten. Jedenfalls zwingen die empörenden Ereignisse dieser Wochen die Schule, den Auftrag der politischen Bildung, seit Jahren schon Programm aller Bildungspläne, als einen besonderen pädagogischen Anspruch ganz ernst zu nehmen. Unnötig zu sagen, daß eine nicht geringe Zahl der Lehrer längst schon ihr Bestes gerade den politischen Unterricht zuwendet; nur sollten sich gerade diese dagegen wehren, wenn zweifellos noch viele ihrer Kollegen den heute bedeutsamsten Auftrag mißverstehen, gar mißbrauchen, oder ihr - der häufigste Fall - Lax und unbeteiligt exekutieren.

Dies ist, so wie die Dinge heute liegen, das schlimmste pädagogische Vorgehen. Heinz Liepmann hat recht: Lehrer, die die Wahrheit verschweigen oder verfälschen, sind keine Erzieher, sondern "verdorbene und verderbende Verführer". Sie müssen künftig zur Rechenschaft gezogen werden. Es geht auch nicht an, den hier und da vorgetragene Pläne Raum zu geben, den politischen Unterricht wie den Religionsunterricht der Gewissensentscheidung des Lehrers anheimzustellen. Politische Bildung beruht nicht auf Heilwahrheiten, sondern auf nachweisbaren, analysierbaren Fakten.

Man sage nicht, Wissen begründe keine politische Bildung, auf den bereiten Willen, auf wahre Haltung, auf den politischen Charakter kommt es an. Zweifellos! Aber Bildung will immer nur von der Welt wissen, um sie neu zu gestalten. Es gibt keinen wesentlichen politischen Sachverhalt, der nicht zu Haltungen und Entscheidungen zwingt, der nicht auch ethisch relevant ist. Vielleicht hat Georg Picht den Sinn der politischen Bildung am besten definiert: Sie sei "die Form der Bildung, die den Menschen in Stand setzt, sich in der modernen Gesellschaft und unter den politischen Bedingungen des 20. Jahrhunderts als Mensch zu behaupten". Zu behaupten auch z.B. unter dem Ansturm der pseudopolitischen Ideologien unserer Zeit.

Noch ein Wort über die Lehrer. Ich bin sicher, viele Vorbehalte schwinden mit der Sorge dahin, unsere Kenntnis der Gegenwart wie der jüngsten Vergangenheit sei noch ungenau und subjektiv. Die ungeheure Fülle klaren und sicheren Bildungsgutes setzt jeden Lehrer in den Stand, sich aufs beste zu rüsten. Er muß nur wollen! Für keine Zeit sind die Quellen so zahlreich und so rein wie für die jüngste Vergangenheit.

Schule und Eltern

Es scheint jedoch fest, als seien für die politische Bildung die Eltern noch bedeutsamer als die Lehrer. Nicht selten ist die politische Willensbildung des Elternhauses die Not der Schule. Und es steht fest: Die vom Schüler am beharrlichsten verfochtenen Thesen haben fast immer die Eltern vorgeprägt. Wenn nötig, muß aber die Schule den Kampf mit dem Elternhaus fair und entschieden führen -, dieser Kampf ist unter Umständen sittliche Pflicht, weil er unter dem Anspruch der Wahrheit steht. Wo ehemals nationalsozialistische Eltern die Gnade der Umkehr abwiesen, muß die Schule sittlich für die Schüler einstehen. Auch das gehört heute zum Auftrag der politischen Bildung. Dieser Auftrag ist leicht, wenn Schule und Elternhaus, wie wohl in den meisten Fällen, eins sind, - am

leichtesten im Falle des ehemaligen SS-Führers, der mit seiner heranwachsenden Tochter nach Belsen fuhr.

Gegen ungeordnetes Wissen

Keine Klarheit besteht darüber, wie stark die Prägekraft der modernen Kommunikationsmittel, der Presse, Illustrierten, des Films, Rundfunks, Fernsehens, ist. Es kann sein, daß wir ihren Tiefgang überschätzen. Jedenfalls aber wirken sie mächtig in die Breite. Das Resultat ist ein unfängliches, aber ungeordnetes, wirres Wissen. Typisch dafür die "Leistung" eines 17-jährigen Gymnasiasten:

"Anfang 1941 war in Österreich das Kaiserpaar von kommunistischen Agenten ermordet worden. Sofort ließ Adolf seine Reichsarmee nach Polen einmarschieren".

Es sieht so aus, als bestünde in nicht geringem Maße der Auftrag der Schule darin, diffuses politisches Wissen zu ordnen. Das aber ist nicht übermäßig schwer.

Eine bedeutsame, mit Studenten gewonnene Erfahrung hat J. Habermas neulich mitgeteilt: Der politische Unterricht der Schule sei deshalb so unwirksam, weil er vom konkurrierenden Einfluß der anderen Fächer, besonders des Deutsch- und Geschichtsunterrichts, und unter der darin bestimmenden "verdünnten bildungshumanistischen Tradition" stehe. Man muß diese Tatsache sehr ernst nehmen, daß nämlich die politische Bildung nicht eigentlich Bildung werden kann, wenn in der Schule sonst alles beim alten bleibt.

Politische Bildung ernst nehmen!

Was ist danach zu tun? Mehr Stunden? Nicht unbedingt! Aber die guten Bücher und Hilfsmittel, von denen es eine Menge gibt, müssen in der Schule den rechten Gebrauch finden. Auch Fortbildung der Lehrer ist dringend nötig. Vor allem: Auf die Unterrichtsmethoden kommt es viel an; wo in der Klasse frontal gekämpft wird, hier Schüler, hier Lehrer, hat die politische Bildung keine Chance. Auch dann nicht, wenn die Schule in ihrer Gesamtverfassung nicht selbst für den Geist der politischen Bildung zeugt, wenn also z.B. die Lehre von der Demokratie schon dadurch unglaubwürdig wird, daß die Schule selbst kein Anschauungsmodell demokratischen Lebens ist.

Denn im ersten und im letzten: Wir müssen die politische Bildung ernst nehmen, wenn wir es mit unserer Demokratie ernst meinen. Mögen noch so viele Staatsbürger in Besitze des allgemeinen Wahlrechts auch geringen Ansprüchen der politischen Bildung nicht genügen, die Schule muß alle Kraft daran setzen, die Zahl der standfesten Staatsbürger zu mehren, die imstande sind, mit unverstelltem Blick Tatsachen aufzunehmen und zu werten, das heißt in politische Haltung umzusetzen. + + +

Eine Chance für den Fortschritt

Von Ulrich Blank, z.Zt. Strassburg

Der Entwurf einer europäischen Sozialcharta, der die Beratende Versammlung des Europarates in dieser Woche abschließend diskutierte, könnte ein hoffnungsvoller Lichtblick sein, wenn... ja wenn eben die europäischen Parlamentarier die Möglichkeit hätten, ihren Forderungen stärker Nachdruck zu verleihen. Das sieben Jahre währende Tauziehen um diese Konvention ist ein anschauliches Beispiel nicht nur für das langsame Verlöschen des europäischen Feuers in den einzelnen "Vaterländern", sondern auch für den Widerstand, der immer dann aufflackert, wenn es gilt, liebgewordene Vorrechte in den eigenen Grenzen dem Gedanken internationaler Zusammenarbeit zu opfern. Dabei beschreibt die Charta noch keineswegs einen Idealzustand sozialer Sicherheit. Sie will vielmehr den unteren Pegelstand bestimmen, nach oben setzt sie keine Grenzen. Und darin liegt - welche Widerstände ihr auch noch entgegengesetzt werden mögen - ihre große moralische Wirkung. Sie setzt einen Maßstab, der erkennen läßt, daß noch überraschend viele europäische Länder sozial unterentwickelt sind; und gemessen an dieser Tatsache ist es fast von zweitrangiger Bedeutung, ob alle ihre Artikel schon heute oder erst morgen europäische Wirklichkeit werden.

Widerstände gibt es nach wie vor reichlich genug. Sie beginnen bereits im Ministerrat, der sich bisher nicht dazu durchringen konnte, die gesicherte Vollbeschäftigung, die schrittweise Einführung der 40-Stundenwoche, das ungeschmäälerte Streikrecht und einen Mindesturlaub von drei Wochen als soziale Ziele ganz Europas zu bestätigen. Der Sozialausschuss der Beratenden Versammlung hat einen Kompromissvorschlag gemacht, der vorsieht, daß zunächst einmal nur die Verwirklichung eines Teiles der Vorschriften der Charta allen europäischen Staaten zur Pflicht gemacht werden müsse. Aber auch hier schweilt noch der Streit, wo und wie die Grenzen abzustecken seien.

Die Beratende Versammlung hat mit diesem Entwurf mühevoll Präzisionsarbeit geleistet, wenn auch noch eine ganze Reihe von Wünschen offenbleibt. Die skandinavischen Parlamentarier konnten darauf verweisen, daß ihre Gewerkschaften in direkten Verhandlungen mit den Unternehmern weitergehende Zugeständnisse erreicht hätten, als sie jetzt in der Sozialcharta den Regierungen zur Pflicht gemacht werden. Dieses Problem berührt den völlig unterschiedlichen Einfluss, den die Gewerkschaften in den einzelnen Ländern Europas auf die soziale Entwicklung nehmen, aber es ist kein Grund, den vom Europarat eingeschlagenen Weg nicht grundsätzlich gutzuheißen. Denn nirgendwo unternimmt die Charta den Versuch, den weiteren sozialen Fortschritt einzuengen oder ihn allein von Regierungsverordnungen abhängig zu machen. Ganz im Gegenteil: Zum ersten Male in der Geschichte wird beispielsweise das Streikrecht in einer internationalen Konvention anerkannt.

Noch läßt sich nicht absehen, wie stark der Ministerrat erneut den Entwurf der Beratenden Versammlung abändern wird. Daß er das auf manchen Gebieten tun will, steht jedoch schon fest, nämlich vor allem dort, wo es nicht mehr um das allgemeine und unverbindliche soziale ABC geht. Die Möglichkeiten der Beratenden Versammlung, ihren Entwurf unverändert über die Hürden zu bringen, sind begrenzt; es kommt darum in erster Linie darauf an, daß die Charta über die Beratende Versammlung hinaus Zustimmung und Unterstützung findet und daß der Ministerrat durch nachdrückliche Bekenntnisse zu einem auch sozial geeinten Europa dazu gebracht wird, möglichst wenige Abstriche vorzunehmen. Diese Aufgabe stellt sich vor allem den Gewerkschaften und den sozialistischen Parteien.

Die Arbeit sieben langer Jahre wäre vertan und nächtelange Diskussionen hätten keinen Nutzen gehabt, wenn die Sozialcharta - ihrer entscheidenden Bestimmungen beraubt, - unverbindlich in der Luft hängen bliebe. Diese Konvention ist eine scharfe Waffe für den, der sie zu nutzen weiß; dank sie kann eine Hoffnung für jene vielen Menschen in Europa bedeuten, denen heute im Jahre 1950 noch immer ein großer Teil ihrer sozialen Sicherheit vorenthalten wird.

+ + +

Krise der studentischen Selbstverwaltung?

sp. - Die jüngsten Vorgänge an der Bonner Universität, vor allem die Rücktrittsdrohung des Allgemeinen Studentenausschusses (ASTA), durch die dem Senat das Zugeständnis abgezwungen werden sollte, künftig zwei Studenten mit Sitz und Stimme im Senat aufzunehmen, haben das Problem der studentischen Selbstverwaltung an unseren Universitäten aufgeworfen.

Die Forderung der Studenten ist an und für sich durchaus berechtigt. Die Studenten sind mündige junge Leute, die einen Anspruch darauf haben, als Mitglieder der Universitätskorporation an der Verwaltung der Universität, und zwar nicht nur in studentischen Angelegenheiten, mitzuwirken. Das Zugeständnis des Senats, Studenten nur bei der Erörterung studentischer Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung anhören zu wollen, ist ungenügend.

Es zeigte sich aber bei den Vorgängen in Bonn, die am Mittwoch dieser Woche in einer turbulenten Studentenvollversammlung ihren Höhepunkt fanden, daß der Studentenausschuß sich in einen Streit über Einladungen, Geschäftsordnungen und andere Nebensächlichkeiten einließ, ohne in der Lage zu sein, in der Vollversammlung den Willen der Studentenschaft zusammenzufassen und geschlossen zur Geltung zu bringen.

Wird den Studenten die Mitarbeit in der Universität verweigert und nimmt man ihnen zwischen der Universitätsverwaltung der Rektoren auf der einen und der Sozialarbeit der örtlichen Studentenwerke auf der anderen Seite die notwendige Entfaltungsmöglichkeit, so ist es nicht überraschend, wenn sich an Wahlen zur studentischen Selbstverwaltung nur ein Bruchteil der Studentenschaft noch beteiligt. Bietet sich den Professoren, die ihre Vorrechte zu verteidigen trachten, dieses Bild, dann muß man sich nicht wundern, wenn sie jetzt noch weniger als vorher bereit sind, die Forderungen der Studentenschaft ernsthaft zu erörtern. Dadurch wird die Stellung der studentischen Selbstverwaltung immer mehr geschwächt, und es ist vorauszusehen, wann die Allgemeinen Studentenausschüsse der Universitäten, die fähigen jungen Studenten die ersten Möglichkeiten zu verantwortungsbewußter politischer und organisatorischer Tätigkeit bieten sollten, zu Komitees zum Verkauf verbilligter Kinokarten und Ähnlichen absinken.

Diese Entwicklung, die für die Entfaltung eines demokratischen Universitätslebens in Deutschland sehr bedauerlich wäre, können nur Studenten und Professoren gemeinsam aufhalten. Die Universitäten müssen den Studenten eine wirkliche Mitverantwortung übertragen, dann werden auch die Ähigeren unter den Studenten wieder bereit sein, in den entsprechenden Gremien mitzuarbeiten. Und sobald die studentische Selbstverwaltung Aufgaben und Leistungen nachweisen kann, wird auch die Studentenschaft, die sich im allgemeinen von diesen Einrichtungen abzuwenden scheint, wieder Anteil an ihnen nehmen.

+ + +

"Staatsabträglich"?

Hn. - Dr. Heinrich Krone, Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU im Deutschen Bundestag und von seinen Freunden zur Charakterisierung milder Sinnesart gern mit "Pappa Krone" tituliert, hat ein scharfes Wort gelassen ausgesprochen. Krone kritisiert den Zusammenschluß von Ärzten zwecks Bekämpfung des Blank'schen Gesetzesentwurfes zur Krankenversicherungsreform. Er hält diesen Zusammenschluß für "staatsabträglich".

Womit er den Sack schlägt, wo er den Esel meinen sollte?

Wie war es doch? Bundesarbeitsminister Theo Blank veröffentlichte dereinst die Vorschläge seiner Referenten zu diesem Thema. Das war verdienstvoll. Er gab damit allen Beteiligten die Möglichkeit, zu lesen, zu prüfen, und sich zu äußern. Indessen konnte ein solches Verfahren nur sinnvoll sein, wenn Blank auch bereit war, die geäußerte Kritik in der Endfassung zu berücksichtigen.

Es wandten sich gegen den Entwurf die versicherten Arbeitnehmer und deren Organisationen, die Gewerkschaften, es wandten sich dagegen die Krankenkassen und es wandten sich dagegen die Ärzte. Kurz: Keiner der Betroffenen wollte dieses Gesetz. Es gehörte schon die Unbelehrbarkeit eines Theo Blank dazu, das Gesetz mit geringfügigen Änderungen dennoch einzubringen.

Wenn nun die Ärzte in der Erkenntnis, daß ihr gutes Zureden in der Vergangenheit nichts genützt hat, auf einen nachrücklicheren Vortrag ihrer Ansichten sinnen, so kann man ihnen das nicht verdenken. Kritik verdienen in diesem Punkte nicht die aufgebrachten Ärzte - Kritik verdient der Bundesarbeitsminister.

Aber was haben die Ärzte eigentlich so "Staatsabträgliches" getan? Doch nichts anderes als das, was zahlreiche andere grosse und kleine Verbände täglich auch tun. Sie versuchen die Abgeordneten zu überzeugen und die Öffentlichkeit aufzuklären.

Wenn es nur immer dabei bliebe! Wenn es doch keine Interessengruppen gäbe, die ihren Überzeugungsversuchen mit vielstelligem Wahlschecks klingenden Nachdruck zu verleihen suchten! Wenn es doch keine Parteien gäbe, die sich in einer durchaus "staatsabträglichen" Weise freiwillig in die goldenen Ketten der Grossindustrie begeben würden! Worüber nachzudenken wir dem Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU dringend empfehlen.

Und was die Aufklärung der Öffentlichkeit angeht, so gibt es ganz andere Vereinigungen, deren finanzielle Aufwendungen an ganzseitigen und manchmal sogar doppelseitigen Anzeigen in Zeitungen und Zeitschriften ungefähr abzuschätzen ist. Freilich sprechen sich diese Anzeigen nicht gegen, sondern für Vorhaben der Regierungsparteien aus. Aber sind solche Aktionen nur dann "staatsabträglich", wenn sie mit den Auffassungen der CDU/CSU nicht im Einklang stehen, dagegen staatspolitisch wertvoll, wenn sie die CDU-Meinung verbreiten?

Und wie steht es mit der Weigerung der Regierungsparteien, die Verfügungsmittel beim Bundespresseamt parlamentarisch kontrollieren zu lassen? Muss sich nicht der Verdacht regen, dass auf diese Weise Steuermittel für die Propaganda der Regierungsparteien missbraucht werden? Das, sehr verehrter Herr Dr. Krone wäre ganz bestimmt "staatsabträglich"!

Verantwortlich: Günter Markscheffel